

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/02/2010
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Dienstag, 20.04.2010
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Pocket Park Elbers
Vorlage: 0770/2009
4. Anliegen der Jugendräte
5. Bündnis für Familien
6. Stand der Umsetzung des KiBiz
7. Essensversorgung OGS
Hier: Sachstandsbericht der Verwaltung
8. Stellenplan 2010 für den Fachbereich Jugend und Soziales und die ARGE
Vorlage: 0299/2010
9. Errichtung einer Kindertageseinrichtung am Standort Dödterstraße 12
Vorlage: 0209/2010
- 2. Lesung**
10. Jugendförderplan 2010 - 2014
Vorlage: 0269/2010
11. Vorschlag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen
zur Tagesordnung des JHA am 20. April 2010
Hier: Umsetzung der Vorschläge der Zukunftskommission im Bereich Jugend
und Soziales
Vorlage: 0297/2010
12. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden und nimmt zunächst die Verpflichtung von Herrn Karl-Heinz Klos vor, der für die SPD-Fraktion an der Sitzung des Jugendhilfeausschusses teilnimmt.

Weiterhin schlägt er vor, die Vorlage 0770/2009 - Pocket Park Elbers - , die unter TOP 8 auf der Tagesordnung steht, als TOP 3 nach dem TOP 2 – Mitteilungen – zu beraten, da der Beschluss zur Vorlage in die Bezirksvertretung Mitte transportiert werden soll, die zeitgleich im Sitzungsraum nebenan tagt und letztentscheidendes Gremium dieser Vorlage ist.
Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Er entschuldigt die Abwesenheit von Herrn Dr. Schmidt, der aufgrund des Flugverbots nicht rechtzeitig aus dem Urlaub zurückkehren konnte.

Weiterhin weist Herrn Strüwer auf Bitte der Schriftführerin darauf hin, dass die Preise für Getränke angehoben wurden.

2. Mitteilungen

Herr Steuber erklärt, dass die Broschüre „Jugendhilfe aktuell“ des Landesjugendamtes leider nicht in ausreichender Zahl zur Verteilung zur Verfügung gestanden hätte. Er stelle seine Broschüre gern zur Verfügung. Bei Bedarf sei diese auch im Internet abrufbar. Die Broschüre sei gut geeignet, einen Überblick über die Arbeit von Jugendhilfeausschüssen aufzuzeigen.

Herr Strüwer informiert darüber, dass der Rat im Rahmen der Problematik der Bebauung in der Nähe der Evangelischen Jugendbildungsstätte Berchum entschieden habe, dass auf dem besagten Grundstück in unmittelbarer Nähe des Bolzplatzes der Jugendbildungsstätte nicht gebaut werden dürfe.

Herr Heckrodt teilt mit, dass der Kinderspielplatz Dreieckstraße im Rahmen des Konjunkturpaketes gebaut würde. Für den Kinderspielplatz Drostenhof sei der Auftrag auch bereits vergeben. Er gehe davon aus, dass der Spielplatz bis zu den Sommerferien fertig gestellt sein werde. Das Gleiche gelte für die

Spielanlage im Rahmen des Grünzugs Eckesey.

Herr Strüwer äußert seine Freude darüber, dass man dadurch hinsichtlich der Kinderspielplätze im Jahr 2010 ein ganzes Stück weiterkomme.

3. Pocket Park Elbers
Vorlage: 0770/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Heckrodt erläutert die Ausbauplanung des Pocket Park Elbers.

Herr Strüwer äußert seine Hoffnung, dass man mit diesem Projekt im Zusammenhang mit dem Stadtumbau West in die Prioritätenliste hineinkomme.

Herr Losch fragt, was sich hinter dem Erlös in Höhe von 9.000 € jährlich verbirgt.

Herr Heckrodt erläutert, dass man für diese Maßnahme Zuschussmittel bekomme. Diese würden als Sonderabschreibungen abgesetzt.

Herr Goldbach ergänzt, dass es sich hierbei um eine Darstellung innerhalb des NKF handele. Im Grunde genommen handele es sich um die Wertabschreibung des Spielplatzes.

Herr Strüwer erklärt, dass in der Vorlage dargestellt worden sei, dass die Kosten für die Maßnahme höher lägen als ursprünglich ermittelt und daher ein zusätzlicher Zuschussantrag gestellt werden solle. Bestehe die Hoffnung auf eine positive Antwort seitens des Zuschussgebers?

Herr Heckrodt hat die Hoffnung, dass aufgrund von Umschichtungen eine positive Antwort erfolgen könnte.

Frau Burghardt fragt nach dem Ursprung des Namens „Pocket Park Elbers“.

Herr Heckrodt antwortet, dass der Name seinerzeit vom Planungsamt gewählt worden sei.

Herr Strüwer hält es für angebracht, einen neuen Namen für die Anlage zu finden. Er schlägt vor, dass sich der Jugendrat damit beschäftigt.

Auf Frage von Herrn Haensel nach dem Bodenbelag, erklärt Herr Heckrodt, dass es sich um eine Schwarzdecke handelt, die sich bei anderen Anlagen bewährt habe.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- die Ausbauplanung für die Freizeitanlage „Pocket-Park Elbers“, nach Schaffung der baurechtlichen und sonstigen Voraussetzungen in der vorgestellten Form zu realisieren.
- ein Umbewilligungsantrag bei der Bezirksregierung in Arnsberg zu stellen, um die Zuwendung den höheren Ausbaurkosten anzupassen.
- die Maßnahme in der Dringlichkeitsliste für das Haushaltsjahr 2010 aufzunehmen und die Genehmigung bei der Bezirksregierung Arnsberg einzuholen

Die ermittelten Folgekosten sind in den Haushalt einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür:	<u>14</u>
Dagegen:	<u>0</u>
Enthaltungen:	<u>1</u>

4. Anliegen der Jugendräte

Frau Fischer berichtet, dass den Schulen angeboten worden sei, die Jugendratswahlen dort vor Ort stattfinden zu lassen. Dieses Angebot sei gut angenommen worden. Für die Jugendratsmitglieder finde am Wochenende ein Seminar statt, in dem diese über den Ablauf der Wahlen informiert würden. Dann könne es bald losgehen.

Auf Nachfrage von Herrn Strüwer zu den neuen Räumlichkeiten des Jugendrates bedauert Frau Fischer, zu diesem Punkt noch nichts sagen zu können.

5. Bündnis für Familien

entfällt

6. Stand der Umsetzung des KiBiz

Frau Haack berichtet vom Stand der Umsetzung des KiBiz.

Man beschäftige sich im Moment im Auftrag des Verwaltungsvorstandes mit einer Kindergartenplanung bis 2013/2014. Man wolle einen Gesamtüberblick erhalten. Man werde am Donnerstag die Gespräche abschließen. Der nächste Termin finde am 11. Mai beim Verwaltungsvorstand statt, an dem die Planung vorgestellt werde.

7. Essensversorgung OGS Hier: Sachstandsbericht der Verwaltung

Herr Hermann berichtet, dass es insbesondere um den Erlass „Kein Kind ohne Mahlzeit“ und dessen Umsetzung gehe. Es nähmen 34 Grundschulen und 4 Förderschulen im Primarbereich an diesem Erlass teil. Der Erlass gelte bis Sommer 2011. Der städtische Eigenanteil sei zumindest für das Kalenderjahr 2010 aus der bereits zur Verfügung gestellten Sparkassenspende gesichert. Für das zweite Halbjahr im Schuljahr 2010/2011 werde man erneut auf die Kämmerei zugehen. Benötigt würden dann noch rund 35.000 €.

Neben den bereits erwähnten Schulen im Offenen Ganztage nehme auch die Wilhelm-Busch-Schule daran teil. Es bestünde nach den Regularien des Erlasses auch die Möglichkeit, die gebundenen Ganztagschulen teilnehmen zu lassen. Davon habe man aus Kostengründen abgesehen.

Herr Strüwer macht deutlich, dass man als Nothaushaltsgemeinde auf Sponsoren in diesem Bereich angewiesen sei, da man Eigenmittel in Form freiwilligen Leistungen nicht erbringen dürfe. Nichtsdestotrotz halte er das für eine wichtige Information, um zu überlegen, ob über eine Ausweitung des Sponsorings für das kommende Jahr doch der Versuch gestartet werde, auch in den weiterführenden Schulen einen Einstieg zu finden. Die vorgelegten Zahlen machten deutlich, wie wichtig dieser Bereich sei und wie stark er auch angenommen würde.

In diesem Zusammenhang dankt er im Namen des Ausschusses allen Beteiligten für ihr Engagement in dem Bereich der Essensversorgung von Kindern und Jugendlichen. Besonders die evangelische Kirche sei sehr aktiv in diesem Bereich.

Er erteilt Herrn Feldhaus das Wort, der in der letzten Sitzung in diesem Zusammenhang die Forderung nach Steuervergünstigungen angesprochen hatte.

Herr Feldhaus erklärt, dass durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz sich die Situation ergeben habe, dass die Ausgabe von Imbissessen und die Speisung von Schülern mit unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen belegt würden. Er habe in der letzten Sitzung angeregt, dass die Verwaltung diesen Missstand an geeigneter Stelle anprangere und auf eine Änderung dränge.

Herr Strüwer bittet Herrn Hermann, diese Anregung aufzugreifen und weiter zu verfolgen. Er bittet, dies in schriftlicher Form zu tun und dem Protokoll oder der nächsten Einladung zur Sitzung des JHA beifügen zu lassen.

8. Stellenplan 2010 für den Fachbereich Jugend und Soziales und die ARGE Vorlage: 0299/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Steuber erläutert den Stellenplan 2010 für den Fachbereich Jugend und Soziales und für die ARGE. Es handele sich um eine Vorlage des Fachbereiches Personal und Organisation.

Man erlebe hier zum ersten Mal seit vielen Jahren, dass dieser dadurch geprägt sei, dass es keine Mehrstellen gebe. Die vom Fachbereich beantragten Stellen seien nicht eingerichtet worden. Man habe u. a. Verlagerungen vorgenommen, um den Bedarfen gerecht zu werden.

Herr Strüwer weist ausdrücklich darauf hin, dass sich durch die Realisierung des Stellenplans keine Einsparung ergibt, da es sich fast durchweg um derzeit nicht besetzte Stellen handele.

Der Stellenplan werde vom Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis genommen. Der Ausschuss habe kein Entscheidungsrecht.

Beschluss:

Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Die Vorlage wird zum 21.04.2010 realisiert.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |

9. **Errichtung einer Kindertageseinrichtung am Standort Dödterstraße 12**
Vorlage: 0209/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Versteeg-Schulte schildert den Ablauf der Ereignisse im Zusammenhang mit diesem Projekt. Sie zitiert aus einem schriftlichen Statement der Stadtkirchengemeinde, dass diese sich vor dem Hintergrund der sichtbaren Risiken aus diesem Projekt zurückziehen werde. Damit gebe es keinen Spielraum mehr zur weiteren Verwirklichung des Projektes.

Herr Strüwer findet das bedauerlich. Er habe an anderer Stelle auch seitens der konfessionellen Träger gehört, dass darüber nachgedacht würde, in anderer Konstellation dieses Projekt doch noch zu realisieren. Dies sei ihm sehr kurzfristig signalisiert worden. Unter dem Gesichtspunkt könne man die Fakten nur zur Kenntnis nehmen und hoffen, dass es noch Lösungen gebe. Die Bezirksvertretung Mitte und auch der Stadtentwicklungsausschuss hätten in dieser Angelegenheit positiv entschieden. Dies sei ein klares Signal, dass man daran interessiert sei, ein solch attraktives Angebot zu realisieren.

Frau Schwerdtfeger bestätigt die Aussage von Frau Versteeg-Schulte. Sie habe sich mit Herrn Dahme von der Geschäftsführung der Kindergartengemeinschaft in ihrem Kirchenkreis unterhalten und dieser habe ihr die Beschlusslage der Stadtkirchengemeinde so dargestellt, dass aufgrund der finanziellen Situation die Stadtkirchengemeinde ab 01. August 2011 insgesamt nur noch 150 Kindergartenplätze zur Verfügung stellen werde.

Herr Schurgacz äußert seine Enttäuschung darüber, dass es zu diesem Ergebnis gekommen sei. Man habe vorgehabt, den katholischen Kindergarten an der Bergstraße aufzugeben und in die neue Trägergemeinschaft einzubringen. Da es sich um einen 60 Jahre alten Kindergarten handelt, habe man hier die Chance gesehen, mit einem vernünftigen Raumprogramm weiterzumachen. Man müsse den Entschluss der evangelischen Stadtkirchengemeinde akzeptieren. Man habe jetzt beschlossen, den Kindergarten an der Bergstraße zu renovieren. Es sei jedoch nicht möglich, Plätze für Unter- 3 –jährige anzubieten.

Herr Strüwer erinnert daran, dass Ende des vergangenen Jahres die Stadtkirchengemeinde signalisiert habe, eine größere Zahl von Kindergartenplätzen kurzfristig nicht mehr zur Verfügung zu stellen. Dann habe es Krisengespräche gegeben. Daraufhin hätten die evangelische Kirche und die Stadtkirchengemeinde andere Lösungen gefunden, im gleichen Umfang wieder Plätze zur Verfügung zu stellen. Bei den Gesprächen sei auch angesprochen worden, dass die Stadtkirchengemeinde vermutlich mit ihren Einrichtungen sich auch in einem Verbund für sämtliche Kindertageseinrichtungen in Hagen anschließen würde. Sei das nicht mehr weiter geplant?

Frau Schwerdtfeger bestätigt, dass die Stadtkirchengemeinde ihre Kindergärten in diese Kindergartengemeinschaft eingeben wolle. Allerdings sei die Konstruktion so, dass die bisherigen Träger nach wie vor für die Finanzierung verantwortlich seien. Die finanzielle Situation der Stadtkirchengemeinde stelle sich so

dar, dass man das so nicht aufrechterhalten könne. Der Beschluss zum Kindergartenjahr 2010/2011, drastisch die Platzzahlen zu reduzieren, sei um ein Jahr verschoben worden, um das Ganze etwas erträglicher abwickeln zu können. Die wirtschaftliche Situation zwingt die Stadtkirchengemeinde dazu, die Finanzierung in diesem Bereich zu reduzieren. Die Kindergartengemeinschaft habe kein eigenes Vermögen.

Frau Haack weist darauf hin, dass man unter Zeitdruck stehe, falls sich noch andere Lösungen abzeichneten. Dann müsste das kurzfristig geschehen.

Herr Strüwer stellt fest, dass die Vorlage ohne Beschlussfassung bleibt.

Beschluss:

- 1) Die Realisierung einer Kindertageseinrichtung am Standort Dödterstraße 12 wird begrüßt.
- 2) Die Verhandlungen unter den Beteiligten sollen auf Basis der genannten Rahmenbedingungen konkretisiert werden.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input checked="" type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

10. Jugendförderplan 2010 - 2014 **Vorlage: 0269/2010**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer berichtet, dass dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung im Februar des Jahres ein Eckpunktepapier zum Jugendförderplan 2010 – 2014 vorgestellt worden sei. Dieses sei im Unterausschuss diskutiert worden. Es gehe darum, wie sich Jugendarbeit in den kommenden Jahren bis 2014 entwickeln könne. Hintergrund hierbei sei der demographische Wandel und die finanzielle Situation der Stadt Hagen. In der heutigen Sitzung solle die Einbringung und Beratung des Jugendförderplans vorgenommen werden. Hierbei solle berücksichtigt werden, dass dieser Jugendförderplan in den gesamten Konsolidierungsprozess eingebettet sein müsse. Die Zeitfolge sehe so aus, dass zunächst

die Bezirksvertretungen über den Jugendförderplan beraten sollten, dann der Unterausschuss sich erneut damit beschäftigen und abschließend dem Jugendhilfeausschuss das Ergebnis der Beratungen zur Beschlussfassung vorgelegt werde. Das solle bis zur Sommerpause abgewickelt werden.

Herr Gerbersmann erklärt, dass dieser Jugendförderplan erkennbar ambitionierte Sparziele enthalte. Wie Herr Strüwer bereits dargelegt habe, sei die Beratung vor dem Hintergrund zu sehen, dass der Rat die Verwaltung beauftragt habe, das Konzept der Zukunftskommission umzusetzen. Die Verwaltung sei derzeit dabei, diese Zielzahlen, die insgesamt 90 Millionen € erreichen sollen, zu realisieren. Solange das Haushaltssicherungskonzept noch nicht vollständig fertig gestellt sei, könne man jedoch nicht sagen, dass dies der allerletzte Stand sei, was notwendig sei, die Zielzahlen zu erreichen. Bei dem vorgelegten Jugendförderplan handele es sich um eine sachlich gut fundierte Grundlage. Mit der Bezirksregierung sei verabredet worden, dass dieses Haushaltssicherungskonzept vom Rat der Stadt vorgezogen vor dem Haushaltsplan in der Dezembersitzung des Rates beschlossen werden solle. Das bedeute, dass man im Vergleich zu anderen Sparrunden relativ viel Zeit für eine Debatte habe.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass der Rat der Stadt nach dem Haupt- und Finanzausschuss letztentscheidendes Gremium für den Jugendförderplan sei.

Herr Haense merkt an, dass der Betrag in Höhe von 270.000 Euro, die im Aufwand gesenkt worden seien, ein Ergebnis der fachlichen Diskussion gewesen sei. In diesem Zusammenhang sei zugesagt worden, dass man keine unbekannte Einsparsumme zu befürchten habe. Man solle unter fachlichen Gesichtspunkten prüfen, was möglich sei. Er möchte wissen, ob es unbekannte Vorgaben gebe, die nicht bekannt seien.

Herr Steuber legt dar, wie sich für die Verwaltung die Vorgabe aus dem Ratsbeschluss darstellt. Man habe eine Vorgabe, bis zum 31. Mai Vorschläge zu erarbeiten, die die Senkung des Personalaufwandes um 18,76 % beinhalte. Das bedeute für den Fachbereich Jugend & Soziales eine Summe von knapp 4,2 Millionen Euro. Aus den gesenkten Personalaufwendungen ergäben sich Sachkosten, die sich aus einem Arbeitsplatz ergäben. Hierbei würden pauschal 15.600 Euro pro Arbeitsplatz kalkuliert. Daraus ergäben sich einzusparende Gesamtsachkosten in Höhe von 1,4 Millionen Euro. Es gebe eine weitere Einsparvorgabe des Rates in Höhe von 7,5 Millionen Euro im Bereich der Sachkosten. Hier sei er dem Kämmerer sehr dankbar, dass man hier eine individuelle Vereinbarung getroffen habe. Der Fachbereich habe insgesamt einen Sachaufwand in Höhe von 1,2 Millionen Euro. Man habe kalkuliert, davon 200.000 Euro, also 20 % zu erbringen. Es gebe in dem Papier der Zukunftskommission einen weiteren Betrag in Höhe von 3 Millionen Euro, bei dem es um Reduzierung von Standards gehe. Dieser Betrag sei vorgegeben für Jugend, Soziales und Sport. Man habe erste Gespräche mit der ARGE geführt, die auch in diesem Betrag enthalten sei. Für den Bereich Soziales würde ein Betrag in Höhe von 107 Millionen Euro verausgabt. Darin seien die SGB II -Leistungen enthalten. Aus dieser Summe von 3 Millionen Euro sei man mit 1,3 Millionen beteiligt.

Es gebe außerdem einen Punkt in dem Papier der Zukunftskommission, der mit dem Begriff „vermiedene Aufwandssteigerungen“ betitelt sei. Dort seien ausdrücklich drei Arbeitsbereiche genannt. Es handele sich um die Hilfe zur Pflege, die Hilfe zur Erziehung und den Kindergartenbereich. Hier gehe die Zukunftskommission davon aus, dass es der Verwaltung durch geeignete Maßnahmen gelinge, die Kurve der Steigerung in diesen Bereichen aufzuhalten. Dies könne zum Beispiel durch präventive Maßnahmen oder die Steuerung der hochschwelliger Hilfen zur Erziehung geschehen.

Bei einer Summierung der einzelnen Beträge käme man auf eine Gesamtsumme in Höhe von 9,5 Millionen Euro, die dokumentiert und belegt werden müsste.

Er greife jetzt in diesem Zusammenhang dem Tagesordnungspunkt 11 vor. Derzeit überlege man aus einem ganzen Bündel von Ideen, welche Konsequenzen die Umsetzung dieser Vorschläge für alle Beteiligten habe, und zwar sowohl in fachlicher als auch in finanzieller Hinsicht.

Herr Fischer merkt an, dass man die fachliche Auseinandersetzung im Zusammenhang mit dem Jugendförderplan miteinander in den Arbeitsgemeinschaften betrieben habe. Das sei bei allen Überlegungen zu berücksichtigen. Der Jugendhilfeausschuss sei Teil des Jugendamtes und dürfe sich nicht das Steuerungsinstrument aus der Hand nehmen lassen. Die Vorgaben, unter denen man den Jugendhilfeplan erstellt habe, seien auf vorhandenen Bedarfen ermittelt worden.

Herr Strüwer stellt fest, dass sich der Jugendhilfeausschuss unter fachlichen Gesichtspunkten mit dem Jugendförderplan auseinandersetzen werde.

Herr Gerbersmann äußert sich zu der Frage von Herrn Haensel dahingehend, dass es keine konkrete Vorgabe für die Jugendhilfeplanung gegeben habe. Man habe heute ehrlicherweise zur Kenntnis geben wollen, dass die Gesamtsparvorgabe in Höhe von 90 Millionen Euro zu realisieren sei. Es sei möglich, dass in einigen Monaten festgestellt werde, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen im Jugendförderplan womöglich nicht ausreichen könnten. Man befinde sich in einem schmerzhaften Prozess, denn die Einsparung von 90 Millionen Euro sei schwer zu schultern. Der Verwaltungsvorstand werde abschließend auch noch mal über die gesamten Maßnahmen reflektieren, ob man diese unter Abwägung aller Rahmenbedingungen für verantwortbar halte. Dem Jugendhilfeausschuss solle jedoch nicht das Beratungsrecht genommen werden. Das sei ausdrücklicher Wille des Verwaltungsvorstandes. Bei der Abwägung zwischen Fachlichkeit und Finanzen habe man sich hier offensichtlich große Mühe gegeben.

Herr Strüwer fasst zusammen, dass nunmehr deutlich geworden sei, unter welchen Vorgaben man jetzt diskutiere. Die Grundlagen für das weitere Vorgehen des Jugendhilfeausschusses seien auch klar. Man gehe jetzt zur fachlichen Beratung über.

Herr Goldbach erläutert den Jugendförderplan und beantwortet inhaltliche Fragen von Herrn Strüwer.

Herr Reinke möchte wissen, wofür die auf Seite 84 ausgewiesenen Mietkosten in Höhe von 60.000 Euro seien.

Weiterhin habe er festgestellt, dass bereits im Jahr 2010 eine Einsparung in Höhe von 136.574 Euro ausgewiesen sei. Man habe jedoch im Rat der Stadt beschlossen, als Übergangslösung im Jahr 2010 wie im Jahr 2009 zu verfahren. Insofern sei er überrascht gewesen.

Außerdem sei darauf hingewiesen, dass die Angebote im Hinblick auf die demographische Entwicklung passgenau ausgerichtet sein sollten. Hier passten die Daten nicht überall zusammen. Das müsse im Einzelfall genauer betrachtet werden.

Verschiedene Kürzungsmaßnahmen, die vorgeschlagen worden seien, seien als mit den Trägern einvernehmlich abgesprochen dargestellt worden. Da habe er noch Fragen, da es ihm zumindest in einem Fall anders dargestellt worden sei.

Zum Punkt Kosten und Transparenz stellt er fest, dass sich hier im Vergleich zum letzten Jugendhilfeplanbericht viel verändert habe. Hier seien zum ersten Mal die Objektkosten mit aufgeführt. Das sollte dann jedoch durchgängig für alle Einrichtungen dargestellt werden. Es sei auch nicht zu erkennen, wie die Gesamtkosten vorher gewesen seien. Er erläutert sein Anliegen am Beispiel vom Jugendzentrum Hohenlimburg im Vergleich zum Paulazzo. Beide hätten vergleichbare Besucherzahlen, aber unterschiedliche Gesamtkosten. Er bittet um eine ausführliche Darstellung für alle Einrichtungen.

Ein weiterer Punkt sei Altenhagen mit Fördermaßnahmen aus dem Topf „Soziale Stadt“, die demnächst ausliefen und aufgefangen werden müssten. Hier sei unter anderem auch die Sparkassenspende mit einem Betrag in Höhe von 10.000 Euro ausgewiesen. Dann solle man doch Dinge, die aus dem Anschlussfördertopf kämen, auch ausweisen. Hier flössen 100.000 Euro pro Jahr nach Wehringhausen und 50.000 Euro nach Altenhagen. Die Darstellung dieser Daten könne wichtig für die Beurteilung der Maßnahmen sein.

Herr Goldbach teilt mit, dass es sich bei den 60.000 € Mietkosten auf Seite 84 um die Mietkosten für das Jugendzentrum Altenhagen handele.

Zur Frage, ob alle Träger einverstanden seien, erklärt er, dass die Absprache von Maßnahmen, Einrichtungen und Jugendhilfeplanung in strukturierter Form in den Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII stattfinde. Da seien für den Jugendförderplan die Arbeitsgemeinschaft I – AG Jugendarbeit – und die Arbeitsgemeinschaft II – AG Jugendsozialarbeit – betroffen. In beiden Arbeitsgemeinschaften sei dieser Jugendförderplan vorgestellt worden und es habe dort ein positives Votum für diesen Jugendförderplan gegeben. Damit untermauere er, dass eine Abstimmung stattgefunden habe. Mit Trägern, die im Einzelfall betroffen seien, sei man im Gespräch.

Zur Vergleichbarkeit der Kosten erläutert er, dass zum Beispiel bei der städtischen Einrichtung Jugendzentrum Hohenlimburg die Objektkosten enthalten seien. Beim Paulazzo zahle man keinen Zuschuss zu den Unterhaltungs-, Renovierungs- und Erhaltungskosten des Trägers und auch nicht zu den Betriebskosten, was die Räumlichkeiten angehe. Der Zuschuss, der gezahlt werde, decke Personalkosten und Programmkosten ab. Hier sei ein Vergleich der beiden Einrichtungen schwierig. Man habe aber auch kein Fördersystem entwickelt, wo

man pro Kopf des Besuchers bezahle. Hohe Besucherzahlen sprächen nicht automatisch für die Qualität der Einrichtung. Das hänge auch stark von dem jeweiligen Sozialraum statt. Er sei der Meinung, dass es eine gute Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den Trägern gebe.

Auf Vorschlag von Herrn Steuber einigt man sich darauf, den Jugendförderplan nach vorheriger Beratung in den Bezirksvertretungen und im Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 23. Juni im Jugendhilfeausschuss abschließend zu beraten.

Herr Strüwer bittet die Ausschussmitglieder darum, weitere eventuell im Nachhinein auftretende Anregungen, Nachfragen oder Informationsbedarfe in schriftlicher Form an die Geschäftsführung des Ausschusses zu richten. Diese würden dann an die zuständige Stelle weitergeleitet.

Auf Nachfrage von Herrn Fischer erklärt Herr Steuber, dass die Verwaltung den Auftrag habe, verwaltungsintern bis zum 31. Mai dem Verwaltungsvorstand Vorschläge zu machen. Vielleicht könne man die für den Ausschuss interessanten Vorschläge in einem spezifischen Termin vorab zusammenfassen und präsentieren.

Herr Fischer äußert den Wunsch, dass die Träger in allen Phasen der Planung in den Arbeitsgemeinschaften an der Entwicklung beteiligt werden.

Diesem Wunsch wird seitens der Verwaltung entsprochen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage in 1. Lesung zur Kenntnis und verständigt sich darauf, nach weiteren Vorberatungen in den Bezirksvertretungen und im Unterausschuss Jugendhilfeplanung eine abschließende Beschlussfassung in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 23. 06.2010 vorzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

11. **Vorschlag der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen zur Tagesordnung des JHA am 20. April 2010**
Hier: Umsetzung der Vorschläge der Zukunftskommission im Bereich Jugend und Soziales
Vorlage: 0297/2010

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Klos-Eckermann erklärt, dass Herr Steuber bereits im Rahmen des letzten Tagesordnungspunktes die Anfrage zum großen Teil beantwortet habe. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Anfrage seien diese Zahlen noch nicht bekannt gewesen. Sie bezieht sich auf die Aussage von Herrn Gerbersmann, dass die Gesamtvorgabe, die sich aus dem 90 Millionen Sparpaket ableite, zurzeit abgearbeitet werde.

Darauf ziele der Antrag ab. Die SPD-Fraktion habe schweren Herzens im letzten Jahr den Ratsbeschluss gefasst, diese 90 Millionen als grobes Raster zu stemmen. Nun sei die neuerliche Situation für den Fachbereich Jugend & Soziales, dass es vom Oberbürgermeister eine erneute Einsparvorgabe im personellen Bereich gebe. Man könne nicht akzeptieren, dass über die damals beschlossenen Sparziele hinaus noch weitergehende Belastungen auf den Fachbereich zukämen. Sowohl die Zukunftskommission, als auch der Gemeindeprüfungsbericht hätten ausgewiesen, dass gerade dieser Bereich der Verwaltung sehr effizient und leistungsorientiert arbeite und alle Einsparvorgaben in der Vergangenheit erfüllt hätten. Die SPD-Fraktion werde es nicht mittragen, wenn weitere „rasenmäherartige Kürzungen“ im personellen Bereich vorgenommen würden.

Sie bittet für die Zukunft um genaue Auskünfte darüber, wo es zu Einsparungen kommen solle.

Herr Gerbersmann erklärt zu dem Wortbeitrag von Frau Klos-Eckermann, dass er den Kopf geschüttelt habe, da sie von „neuen“ Maßnahmen gesprochen habe. Er wolle das an einem Beispiel klarmachen. Wenn man den Bericht der Zukunftskommission aufmerksam lese, falle auf, dass man sich im Bereich der Zielzahlen von 33 Millionen Euro im Personalbereich von der Überlegung habe leiten lassen, dass das auch haushaltstechnisch umsetzbar sei. Dies sei durch natürliche Fluktuation und entsprechende Anreizsysteme zu steuern. In dem Papier werde deutlich gemacht, dass das nur erreichbar sei, wenn der Personalabbau im Querschnitt durch die gesamte Verwaltung gehe. Diese Vorgabe sei in der Tat nicht neu. Man werde genügend Zeit haben, das gesamte Maßnahmenpaket in den Fachausschüssen zu beraten.

Herr Reinke hält den Antrag der SPD-Fraktion für einen „Showantrag“. Er könne das nicht verstehen. Die SPD-Fraktion habe die Beschlüsse dazu in der Vergangenheit auch mitgetragen. Man arbeite seit Herbst letzten Jahres in den Arbeitsgruppen, um in diesen Bereichen zu Vorschlägen zu kommen. Er sei Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Gesundheit, Drogen, Sucht“. In der Arbeitsgruppe sei auch ein Mitglied der SPD-Fraktion vertreten. Insofern seien dort alle Informationsmöglichkeiten gegeben.

Frau Köppen begrüßt den Antrag, weil es im Wesentlichen um Transparenz gehe, die für die weitere Beratung im Ausschuss wichtig sei.

Herr Alda bestätigt, dass in allen anderen Ausschüssen inhaltlich genau das Gleiche vorgetragen worden sei. Es werde auch in diesem Bereich gespart werden müssen. Er könne das Anliegen nicht nachvollziehen.

Frau Klos-Eckermann stellt klar, dass es ihr um eine gerechte Verteilung der Sparvorgaben gehe. Diese scheine ihr im Moment nicht gegeben.

Herr Haensel stellt fest, dass der Ausschuss über die Jahre versucht habe, alle Vorgaben abzuarbeiten. Man kämpfe darum, dass alle Bereiche diese 18,76 % unterm Strich stehen hätten. Danach müsse man seitens der Stadtspitze versuchen, einen Ausgleich für bestimmte Bereiche zu finden. Er hoffe, dass sich letztendlich intelligente Lösungen durchsetzen.

12. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

Frau Klos-Eckermann hat eine Frage zum Thema Erzieherinnenausbildung. Die Stadt Hagen habe sich aus dem Angebot der Jahrespraktikanten/innen bzw. Erzieher/innen im Anerkennungsjahr herausgezogen. Damit könnten im Sommer ca. 26 Betroffene den zweiten Teil ihrer Ausbildung nicht beenden. Sie fragt, ob es möglicherweise auf diesem Gebiet eine Lösung entwickelt werden könne, um diesen jungen Menschen eine Perspektive zu bieten.

Frau Versteeg-Schulte antwortet dazu, dass man sich mit Blick auf das neue Kindergartenjahr zum 01.08.10 habe entscheiden müssen, die Berufspraktikantenstellen von 26 auf 9 zu reduzieren. Die sich jetzt in der Ausbildung befindlichen Berufspraktikanten/innen seien davon nicht betroffen. Orientierung sei dabei Auskömmlichkeit der Kosten für die städtischen Einrichtungen einerseits im Rahmen von KiBiz und andererseits im Vergleich zu anderen Trägern. Diesen Schritt mit Wirkung zum 01.08.2010 habe man zwangsläufig tun müssen.

Herr Losch nimmt Bezug auf die Stelle der Familienhebamme, die von der Caritas weitergeführt wird. In welcher Höhe entfielen Personalkosten und Sachkosten durch die Aufgabenwahrnehmung durch den Caritasverband?

Herr Steuber verweist auf die Zuständigkeit des Gesundheitsamtes und sichert zu, die Beantwortung der Frage als Anlage zum Protokoll beizufügen.

Stellungnahme des Gesundheitsamtes zu dieser Frage:

„Die Fragen aus dem Jugendhilfeausschuss können derzeit noch nicht beantwortet werden, da die tatsächlichen Modalitäten des Überganges vertraglich noch nicht abschließend geklärt sind. Da die Höhe der Personalkosten noch nicht feststeht, kann zurzeit weder die Frage der Höhe der Personalkosten und somit auch die Höhe der Sachkosten nicht beziffert werden.

Bei einer Erhöhung der Beschäftigung auf 100% bei der Caritas (zuvor bei der Stadt 25 Wochenstunden) und ähnlichen Personalkosten wie nach dem TVÖD wurde von einer Ersparnis von ca. 6.830 € pro Jahr ausgegangen.“

Ende des öffentlichen Teiles: 18.20 Uhr

gez. Willi Strüwer
Vorsitzender

Gez. Sabine Hogrebe
Schriftführerin